



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	19.09.2011	
Ausschuss Schule und Weiterbildung	26.09.2011	

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Konsequenzen aus der verfehlten Vision 2010: Köln als sicherste Millionenstadt Deutschlands - Beschluss des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen vom 28.03.2011 -

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen hat in seinem Beschluss vom 28.03.2011 (in Ziffer 2) folgendes festgelegt:

"... Die Schuldezernentin ist aufgefordert, sich beim Polizeipräsidenten dafür einzusetzen, dass auch in der neuen Zielsetzung "Orientierung 2020: Polizei Köln - Vertrauen in Sicherheit" das Projekt "Gewaltprävention an Schulen" Bestandteil der strategischen Ausrichtung bleibt."

Das in diesem Zusammenhang an den Polizeipräsidenten gerichtete Schreiben vom 26.04.2011 wird dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben:

" Zielsetzung "Orientierung 2020: Polizei Köln - Vertrauen in Sicherheit"

Sehr geehrter Herr Polizeipräsident,

der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen des Rates der Stadt Köln hat sich in seiner Sitzung am 28.03.2011 mit dem Abschlussbericht der Polizei Köln zu der sicherheitsstrategischen Ausrichtung "Vision 2010" befasst.

Ein besonderes Augenmerk gilt in diesem Zusammenhang der Netzwerkarbeit der Polizei mit städtischen Einrichtungen und insbesondere mit Schulen auf dem Gebiet der Gewaltprävention. Als verlässlicher Kooperationspartner nimmt die Polizei Köln in dem seit 1994 bestehenden Netzwerk Erziehung in Schule gemeinsam mit Vertretern der Schulen, dem Jugendamt, der Schulaufsicht und der Schulverwaltung Aufgaben der Gewaltprävention an den Schulen und im schulischen Umfeld wahr. Hervorzuheben sind die Aktivitäten und Veranstaltungen der Polizei in den Themenfeldern Jugend- und Gewaltdelinquenz, Gewalt gegen Mädchen und Frauen, Sucht- und Drogenkriminalität und Gefahren beim Umgang mit neuen Medien. Besondere Erwähnung bedarf auch die Entwicklung des Kölner AMOK-Konzeptes mit den Schulen und das in diesem Zusammenhang stehende Vortragsangebot für die Lehrerkollegien zur Früherkennung potenzieller Gefährder.

Darüber hinaus ist es der Kölner Polizei in den letzten Jahren gelungen, auf der Grundlage des Porzer Modells zur Gewaltprävention an Schulen ein System von Ansprechpartnern in den Polizeiinspektionen für die Schulen zu entwickeln und auszubauen. Jeder Schule steht damit eine Beamtin oder ein Beamter zur Verfügung, die bzw. der die regelmäßige polizeiliche Präsenz in der Schule sicherstellt und mit der Einrichtung fester Sprechstunden Schülern, Lehrern und Eltern die Möglichkeit einräumt, aktuelle sicherheitsrelevante Themen anzusprechen.

Die Maßnahmen der Polizei tragen wesentlich dazu bei, ein mögliches Auftreten von Gewalt an den Schulen bereits im Vorfeld zu verhindern und das für ein positives Lernklima unerlässliche Sicherheitsgefühl bei Schülern, Lehrern und Eltern zu stärken. Effektive gewaltpräventive Maßnahmen werden auch in Zukunft mit von grundlegender Bedeutung für die schulische Arbeit sein. Die gemeinsamen Bemühungen aller an diesem Prozess Beteiligten müssen deshalb in ungeschmälerterem Umfang fortgesetzt werden. Ich gebe daher die Bitte des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen in der o.a. Sitzung gerne an Sie weiter, auch in der neuen Zielsetzung "Orientierung 2020: Polizei Köln - Vertrauen in Sicherheit" das Projekt "Gewaltprävention an Schulen" als Bestandteil der strategischen Ausrichtung beizubehalten.

gez. Dr. Klein